

OTS230 5 II 0306 SPK0001 AI 26.Jun 08  
SPÖ/Bayr/Spekulationssteuer

### **Bayr für Steuer auf Spekulationen mit Rohstoffen**

Utl.: EU-Konferenz zu Fragen der Entwicklungspolitik berät aktuelle Probleme =

Wien (SK) - Mit Nachdruck sprach sich Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung, im Rahmen einer EU-Konferenz zu Fragen der Entwicklungspolitik dagegen aus, dass der neu zu schaffende internationale Klimafonds mit Mitteln aus dem europäischen Entwicklungsfonds gespeist werden soll. "Wir werden frisches Geld für die Eindämmung des Klimawandels UND für eine wirksame Entwicklungspolitik brauchen - und dafür werden wir neue Finanzierungsquellen erschließen müssen", so Bayr in einem Statement. In Belgien, Frankreich und Österreich gebe es bereits nationale Initiativen zur Einführung einer Devisentransaktionssteuer auf europäischer Ebene - dieses Konzept werde wohl auch auf Transaktionen mit Rohstoffen auszuweiten sein. Bayr rief die anwesenden ParlamentarierInnen auf, diese Diskussion auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene zu führen, da sie eine genuin entwicklungspolitische sei. \*\*\*\*

"Eine Steuer auf schnelle Spekulationen mit Rohstoffen würde sich auch positiv auf die Preistreiberei bei Rohstoffen auswirken, schließlich haben sich die Spekulationen mit Rohstoffen seit 2005 verdreifacht und die dadurch bedingten Preissteigerungen haben fatale Auswirkungen auf die Lebenssituation der Ärmsten", so Bayr. In diesem Zusammenhang kritisierte die Abgeordnete auch die Agrartreibstoff-Beimischungspolitik der EU, die dazu geführt hat, dass die Preise für Energiepflanzen sich verstärkt an jene des Erdöles koppeln und so ebenfalls zur Preissteigerung beitragen.

Außerdem betonte Bayr, dass bei der Bewältigung des Klimawandels neben dem Geld auch das Tempo von entscheidender Bedeutung sei. Der "Stern-Report" habe deutlich vor Augen geführt, dass Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Erwärmung auf gerade noch verträgliche 2 Grad Celsius etwa 1-2 Prozent des globalen BIP kosten, wohingegen ein business as usual im Jahr 2050 zwischen 5 und 20 Prozent des BIP an Anpassungskosten verursachen wird. "Wir sind also aufgerufen, rasch und effizient eine fortschrittliche Klima- und Entwicklungspolitik in globaler Abstimmung zu betreiben", so Bayr abschließend. (Schluss)  
ps/mm

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275,  
Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS230 2008-06-26/14:09